

## Die deutsche Gefahr.

In England greift die Furcht vor der vermeintlichen „deutschen Gefahr“ täglich weiter um sich. Große Marine- und Landheeroffiziere sprechen von der Gefahr eines deutschen Angriffs, wie von einem unvermeidlichen Schicksal. Das zeigte eine Versammlung höherer Marineoffiziere, in der wieder Deutschland als das Schreckgepenst Europas hingestellt wurde.

So sagte Admiral Noel in einer Rede u. a., Deutschland habe die Nordsee zum Paradeplatz für seine Flotte gemacht, weshalb sollte also England angehts dieser Tatsache seine Küstenverteidigung vermindern, wie es unter der jetzigen Regierung geschehen sei.

Man gebe jetzt ja eine ganze Menge Geld aus für die Marine, man habe zum Beispiel die Schiffe erhöht und bezahle solche auch weiter, wenn die Leute oder Offiziere längerer Urlaub erhalten, aber das trage nicht dazu bei, die Marine schlagfertiger zu machen. Die Leute sollten sich nicht zu Hause an Land herumtreiben, sondern die Schiffe als ihre Heimat betrachten lernen.

Der Admiral gab ferner die Ertaunen erregende Erklärung ab, eine Dreadnought (die größte Kriegsschiff-Art) sei nicht wirksamer als irgend ein anderes Kriegsschiff, man solle dafür sorgen, daß mehr kleine Schiffe für die Küstenverteidigung gebaut würden. Im Gegensatz zu diesen Äußerungen seines Kameraden befragte Admiral Smith, daß Deutschland zehn Dreadnoughts erbaue gegen die acht Englands.

Die Flotte müsse immer in den heimischen Gewässern konzentriert bleiben, da Englands Landarmee zu schwach sei. Diese solle unbedingt auf mindestens 500 000 Mann erhöht werden, die in 48 Stunden mobilisiert werden können, sonst sei auch der zweimächtesten Flotte zur Verteidigung der Heimat ungenügend. Lord Lee, vormaliger Erster Lord der Admiralität, gab seiner Überraschung über Admiral Noels Erklärung Ausdruck, daß „Dreadnoughts“ nicht besser als andre Schlachtschiffe seien. Mitter Bellairs wußte mitzutheilen, daß das deutsche Flottenprogramm sich fortwährend erweitere, während das englische nicht einmal eingehalten würde.

Admiral Freemanthorpe führte als Beispiel für die unzureichende Zahl englischer Kriegsschiffe an, daß kürzlich ein deutsches Kriegsschiff für ein englisches Kaufschiff in Sanjour eintraten mußte, weil kein englisches Kriegsschiff in jenen Gewässern war. Auch alle übrigen Redner mußten die deutsche Gefahr recht lebhaft ansprechen.

Auch in einem Artikel über die mangelhafte Verteidigung von Sheerness, den einige Zeitungen veröffentlichten, muß die deutsche Gefahr der Verbesserung zur Vergrößerung der Flotte dienen. Sheerness ist das Hauptquartier der englischen Primärflotte an der Ostküste. Hier sind unter andern auch vier Dreadnoughts und eine große Anzahl andre mächtiger Linienfahrer stationiert, die oftmals des Nachts in dem leicht zugänglichen Hafen sorglos vor Anker gehen.

Der Schreiber des Artikels erinnert die Regierung daran, daß kaum 300 Meilen entfernt, in Wilhelmshaven, angeblich 36 Zerstörer auf der Lauer liegen. Diese könnten beim Anbruch der Nacht die deutsche Küste verlassen und in der Morgenämmerung in Sheerness eintreffen und furchterliche Zerstörung unter den ahnungslosen Schlachtschiffen anrichten. England könne diesen 36 deutschen Zerstörern höchstens 24 entgegenstellen. Man müsse schleunigst Vorkehrungen treffen, um eine Überzahl zu verheuten, die gleich zu Anfang eines Krieges England seine besten Schiffe kosten könne. — Trotz aller Friedensbetreibungen und Freundschaftsbreden denkt man in England immer nur an den Krieg.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Kaiser Wilhelm wird sich anfangs Januar zu kurzem Besuch nach Hamburg begeben.  
\* Staatssekretär Dernburg beabsichtigt, über seine Reise nach Deutsch-Südwest-Afrika vor den Mitgliedern des Reichstages

und einem geladenen Publikum einen Vortrag zu halten.

\* Gegenüber anderweitigen Mitteilungen wird halbamtlich festgestellt, daß die verhandelten Regierungen nach wie vor die Erbschafts- und Nachlasssteuer als einen unerlässlichen Bestandteil des dem Reichstage vorgelegten Steuerreformwerkes betrachte.

\* In verschiedenen Blättern ist die Nachricht verbreitet worden, daß die preussischen Vorschläge wegen der Bildung eines Zweckverbandes deutscher Bundesstaaten für den Ausbau des oberdeutschen Wasserstraßennetzes unter Zuhilfenahme von Schiffsahrtsabgaben in Holland zurückgewiesen worden seien, und daß infolgedessen Preußen darauf verzichtet habe, die auf landesgesetzlicher Anordnung beruhenden Bestrebungen nach Einführung von Schiffsahrtsabgaben auf allen natürlichen Wasserstraßen fortzusetzen. Diese Nachricht ist, wie halbamtlich erklärt wird, unzutreffend.

\* Der oldenburgische Landtag beschloß eine Änderung des Staatsgrundgesetzes, monach die Einführung des geheimen allgemeinen direkten Landtagswahlrechts erfolgen kann.

### Osterreich-Ungarn.

\* Der Staatsvorschlag für das Jahr 1909, den der Finanzminister im österreichischen Abgeordnetenhaus eingebracht hat, ist infolge der erhöhten Ausgaben für Heer und Marine um 154 Millionen Kronen höher als der des Vorjahres.

### Frankreich.

\* Präsident Castro von Venezuela, der gegenwärtig in Frankreich weilt, wird sich demnächst in Berlin einer Operation unterziehen. Castro ist von der französischen Regierung erlucht worden, sich jeder Verbindung mit der Presse fernzuhalten.

### England.

\* Im Unterhause wurde noch einmal über die angeblichen Verhandlungen wegen der Abtretung der Balfassins bei an Deutschland gesprochen. Die Regierung wurde gefragt, ob zwischen Staatssekretär Dernburg und den Premierministern der Kapkolonie und Transvaals Mitteilungen ausgetauscht worden seien. In Beantwortung dieser Anfrage führte der Parlaments-Unterstaatssekretär des Kolonialamts Seely die kürzlich erfolgte Erklärung des Premierministers der Kapkolonie an, daß diese Kolonie nicht die geringste Absicht hätte, die Balfassins oder ihre Verwaltung aufzugeben, und daß die Kapkolonie in dieser Angelegenheit mit den übrigen südafrikanischen Regierungen zusammengehe.

### Belgien.

\* Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist König Leopold nicht unbedenklich erkrankt. Nach Ansicht der behandelnden Ärzte dürfte die Heilung mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

### Balkanstaaten.

\* Aus Konstantinopel kommt die überraschende Meldung, daß eine Einigung zwischen der Türkei und Osterreich-Ungarn über die Balkanfragen unmittelbar bevorstehe. Wichtiger noch ist die Tatsache, daß auch Rußland und Osterreich in aller Stille zu einer Abereinigung gekommen sind. Es ist somit beinahe Aussicht vorhanden, daß auch Serbien seine Kriegserklärungen einziehen wird.

\* Die Eröffnung des türkischen Parlaments soll nach Angaben von amtlicher türkischer Seite, obwohl noch etwa 100 Wahlen ausständig sind, in den nächsten Tagen stattfinden. Es gilt in Konstantinopel als sicher, daß sie durch den Sultan in eigener Person in höchst feierlicher Weise erfolgen wird. Bis zum 5. d. waren 148 Deputierte gewählt, und zwar 114 Mohammedaner, 19 Griechen, 5 Armenier, 4 Bulgaren, 4 Serben, 2 Ungarn, 2 Irenen. Die Griechen haben sich vorbehalten, gegen die an ihnen bei den Wahlen verübten Benachteiligungen in der Kammer zu protestieren. Trotzdem die griechische Bevölkerung der Hauptstadt 350 000 Seelen, die armenische nur 25 000 zählt, bestanden die Türken darauf, daß die Griechen und Armenier Konstantinopels durch je zwei Abgeordnete in der Kammer vertreten sein sollten.

## Aus dem Reichstage.

Im Reichstage wurde am Donnerstag die erste Lesung des Etats fortgesetzt. Nachdem Abg. Haugmann (südd. Vp.) sich in längerer Rede über die Fragen der auswärtigen Politik verbreitet, die Einsetzung eines Schiedsgerichts in der Galablanca-Affäre und die Haltung Deutschlands in der Balkanfrage begründet, sowie die Vorgänge in Prag einer abfälligen Kritik unterzogen, nahm Reichsanwalt Fürst v. Dälow das Wort, um auf die verschiedenen im Laufe der bisherigen Debatten gestellten Steuerabstufungsfragen des nähern einzugehen: An Deutschland sei bisher ein solcher Abstufungsvorschlag nicht herangetreten. Wenn das Deutsche Reich auch eine solche Regelung für erwünscht halten würde, so könnten sich doch daraus große Schwierigkeiten ergeben. Das Maß und der Umfang unserer Abgaben zur See sei bedingt durch das Maß unserer wirtschaftlichen Interessen. Völlig ausgeschlossen sei es, daß wir mit untern Schiffebau über das Maß des Notwendigen hinausgingen. Im gegenwärtigen Augenblicke der Schwierigkeiten Osterreich-Ungarns, unsern Teil einem Wendehalsen neuen Bundesgenossen, halte er es nicht für richtig, diesen Bundesgenossen durch eine unerfreuliche Kritik die Schwierigkeiten zu erhöhen. Er glaube dem Frieden am besten zu dienen, wenn er an der Unerschütterlichkeit dieser untrer Treue zu Osterreich-Ungarn seinen Zweifel aufkommen lasse. Staatssekretär v. Schön erklärte, es werde demnächst ein Weißbuch erscheinen, das auch über Galablanca manches zur Berichtigung bringen werde. In China seien bereits die Gesandtschaftstruppen verringert worden. Was die Vorgänge auf dem Balkan angehe, so wünsche das Deutsche Reich, daß die Neuerungen der Türkei zum Segen gereichen mögen. Eine Reform des Auswärtigen Amtes sei in die Wege geleitet und er werde alles daransetzen, um praktische Neuerungen durchzuführen. Abg. Zimmermann (Nebenp.) beschloß sich namentlich mit der Besoldungsvorlage. Auch Abg. Dedischer (son.) befaßte sich mit dieser Vorlage und begründete besonders, daß die Reichsbeamten endlich den preussischen gleichgestellt werden sollen. Abg. Bed.-Heidelberg (wirtsch. Vp.) sah gleichfalls den Zeitpunkt für eine Regelung der Beamtengehälter für gekommen.

Am 11. d. wird die erste Lesung des Etats in Verbindung mit der ersten Lesung der Beamtenbesoldungsvorlage fortgesetzt.

Abg. Spahn (Vp.): Herrm Endom bin ich die Anerkennung schuldig, daß die von ihm gebotene Berechnung des Reichsbudgets angehts des Etats als richtig erklärt werden muß. Warten wir aber ab, was die Kommission aus dem Etat macht. Bei der

### Besoldungsvorlage

dürfen wir über 100 Millionen nicht hinausgehen. Sollen die Gehälter der Unterbeamten erhöht werden, so kann dies nur durch Beschränkungen innerhalb der Vorlage geschehen. Der Bundesratsausweis für auswärtige Angelegenheiten sollte regelmäßig zu erneuern. Wir bedauern die Prager Ereignisse. Italiens Interesse fordert Festhalten am Dreibund. Unter dem Mißtrauen des Auslandes gegen uns leidet unser wirtschaftliches Leben. Staatssekretär Dernburg: Ich möchte etwas über die Diamantfrage in Südwestafrika sagen. (Abg. Singer: Fortgesetzt) In der Kommission werde ich so viel Steine vorlegen, daß Sie Ihre helle Freude haben werden. Vorur eine andre Bemerkung. Es ist gesagt worden, das Gouvernement von Osterreich-Ungarn hat nicht mehr des Vertrauens der deutschen Bevölkerung. Aber wir werden dort die Politik, die mit dem Reichstage vereinbart ist, zur

### Diamantfrage

will ich bemerken: Ich habe die neu entdeckten Felder in Südwildafrika besucht und mich zunächst sehr tieflich geäußert. Aber ein Geologe, der sich seit langem in Südwildafrika aufhält, hat sich in einem Bericht, der eben eingegeben ist, epigrammatisch ausgesprochen. Ich habe dort selbst Steine aufgefunden. Die Bedeutung der Diamantvorkommen liegt für uns darin, daß der Fiskus und das Gouvernement im Besitz von Bergwerksgerechtigungen und von erheblichen Feldern sind und diese Verhältnisse zur Sammlung der Finanzen beitragen können. Im Gegensatz zum Abg. Scheidemann werde ich mich nicht freuen, wenn ich dem deutschen Erwerbsleben neue Arbeitsmöglichkeiten zuweisen kann.

Abg. Singer (so.): Man kann nicht für Sparmaßnahmen sein und gleichzeitig seine Hoffnung auf Diamanten setzen. In der ganzen Diamantengeschichte sage ich: Erst sehen, dann glauben! Treue zu Osterreich kann nur soweit gehalten werden, als der Reichsbesitz nicht gefährdet wird. Die

### Kabinettpolitik und zur Volkspolitik

wird. Der deutsche Kaiser soll Osterreich für den Kriegsfall Soldaten versprochen haben; ich halte so etwas für unmöglich. In der Besoldungsvorlage

sind die unteren Beamten ungenügend berücksichtigt worden.

Abg. Kulerski (Vp.) fürchtet, den Worten von der Sparmaßnahme werde die Tat nicht folgen. Das Mißtrauen gegen Deutschland geht auf Preußens Mißbrauch auch auf untre auswärtige Politik zurück. Die

### Behandlung der Polen

im Reichsvereinsgesetz und im preussischen Anstaltungs- und Entgeltungsgegesetz ist eines Kulturstaates unwürdig. Die preussische Schulpolitik macht freie geistige Entfaltung unmöglich. Die preussische Regierung mißbraucht die Nachmittel des Reiches.

Präsident Graf Stolberg ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Kopich (ri. Vp.): Die Verbindung von Etat und Besoldungsvorlage in der Beratung hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen. Für die

### Vermessung der Beamtenbesoldung

ist nicht die mittlere Linie maßgebend, wie die Vorlage meint, sondern das Staatdinteresse. Beim Wohnungsgeldausweis wollen wir keine Differenzierung zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten. Der Herabsetzung der Beamtenkategorien stimmen wir zu. Den Ausführungen des Abg. Frey v. Gamp über Erbschaften im Postwesen trete ich bei. Bei gutem Willen kann im Etat noch viel erspart werden, namentlich beim Militärretar.

Abg. v. Derssen (stellv.): Auch wir glauben, daß die Kosten der Gehaltsreform über 100 Millionen nicht hinausgehen dürfen. Sonst müßten wir an die Sparmaßnahme der Steuerzahler noch höhere Anforderungen stellen. In der Besoldungsvorlage sind zwar die Endgehälter erhöht, aber die Anfangsgehälter erniedrigt. Zweckmäßiger wäre es, die jetzigen Endgehälter beizubehalten, und dafür die Anfangsgehälter zu erhöhen. Die Bestimmungen der Beamtengehälter werden wir gewissenhaft prüfen.

Abg. Dedischer (ri. Vp.): Ich begriffe, daß auf der Brüsseler Weltausstellung auch unsere verblühte Sozialpolitik vorgeführt werden soll. In der Sozialpolitik sehe ich eine eminente Gefahr. Als Gegenbewegung fördere man die Gewerkschaften der Arbeiter, ohne die großen Gewerkschaften zu benutzeln. Das gesellschaftliche Schicksal bedürfen namentlich die Schauspieler und Schauspielerinnen, die gegenüber den Direktoren und Agenten oft völlig rechtlos sind. Aber die auswärtige Politik müssen wir beibehalten rechtzeitig orientieren. Das Prebureau des Auswärtigen Amtes sollte sich darauf beschränken, den unabhängigen Zeitungen Material zu geben.

Abg. Erdberger (Zentr.) billigt des Reichsanwalts Politik gegenüber Osterreich und führt im Unterhause aller Befürchtungen auf Verheißung besserer Beziehungen zu Frankreich. Sind in der Tat 200 000 M. für die Unterdrückung des Hales-Interviews verwendet worden? Die frühere Auskunft des Staatssekretärs in dieser Angelegenheit muß unzureichend gewesen sein. Ein Engländer hat mir gesagt, in der Auslandspolitik gebe es in der deutschen Presse nur zwei unabhängige Blätter, den „Vorwärts“ und die „Allgemeine Zeitung“. Ich mache mir das Urteil nicht zu eigen, aber ein richtiger Kern liegt darin. Die Behandlung des

### Rüsten Osterreich vor Gericht

zeigt, daß das Wort von der Klassenjustiz etwas Berechtigtes enthält. Für Osterreich hat sich als Opfer der großen Idee vom protektionistischen Kartell um bezeichnet. Sind einem Volksochse je entsprechende Instruktionen gegeben worden? Der Reichsanwalt ist hier auf das Wort gekommen: „Frei end des Lebens“. Zur Leitung der auswärtigen Politik herrscht kein hartes Vertrauen. Die Diamanten in Südwildafrika sind an der Balfassins gefunden, also in jenem Sandreien, der durch einen Zentrumsantrag an das Reich gefallen ist. In Südwildafrika muß die Selbstverwaltung in irgend einer Form durchgeführt werden.

Staatssekretär v. Schön: Keine frühere Auskunft war durchaus nicht irrtümlich. Ein englisches Blatt wollte eine angebliche Unterhaltung mit dem Kaiser veröffentlichen. Der Vorkämpfer in London hat aber wiederholt erklärt, der Kaiser selbst habe betont, eine solche

### Unterredung habe nicht

stattgefunden. Abg. Erdberger fragte, ob Fürst Osterreich als Vorkämpfer Instruktionen konfessioneller Art erhalten habe. Ein Vorkämpfer hat immer nur politische, nie konfessionelle Aufgaben. Zur Unterdrückung des Artikels des amerikanischen Schriftstellers Hale ist kein Geld und keine Kraft aufgewendet. Hale hat den Artikel aus eigenem Antrieb zurückgezogen. Das Weißbuch über Marokko soll nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Nach unerheblicher weiterer Debatte werden Etat und Besoldungsvorlage der Budgetkommission überwiehen. Nächste Sitzung am 12. Januar.

## Nemesis.

41 Kriminalroman von E. Görlig.

(Fortsetzung.)

„Du bist einer, wie wir ihn brauchen können.“ dachte Leonhard bei sich im stillen, indem er laut hinzufügte, daß so edle Gesinnungen ihm aus der Seele gesprochen wären und er sich glücklich schätze, in dem Fremden einen solchen Menschenfreund kennen gelernt zu haben.

Wenige Minuten darauf saßen die drei Herren in einem Wagen, der sie nach dem in der Zeitung bezeichneten Hause brachte.

Sie stiegen die vier Treppen hinauf. Das Interieur in der Zeitung war nicht übertrieben gewesen, sie fanden das Gemälde noch größer, als sie es erwartet hatten.

Der Amerikaner wich zurück, als er die Tür zu der armenigen Dachstube öffnete und ihm der heiße Dampf aus dem mit kranken Personen überfüllten Raum entgegen drang.

Überwältigt von der herabströmenden Strömung, erschütterte durch den Anblick, der sich ihm geboten, richtete er den Hundertmarschein, den er im Dinaufsteigen aus seiner Brusttasche genommen und für die arme Familie bestimmt hatte, an Leonhard, der ihm zunächst stand.

Mit großer Fingerfertigkeit ließ Leonhard den Kassenchein des Fremden in seinen Armel verschwinden und trat in die Dachstube. Die zehn Mark, die er der armen Frau reichete, waren für die durch Not und Elend völlig entkräftete Wittwe ein so bedeutender Schatz, eine so unerwartete Hilfe, daß die Arme in Schlußgen

ausbruch und ihre durch Tränen halbvertrockneten Dankflagen den Herren nachschallten, als sie wieder die Treppe hinabgingen.

Der junge Amerikaner hörte die Dankesworte der Frau und hatte keine Ahnung, auf welche schmähliche Art sein Vertrauen von Leonhard gemißbraucht worden war. Er atmete erst wieder auf, als er das Haus, das so viel Glend barg, verlassen hatte und mit seinen beiden Begleitern den gemeinsamen Rückweg einschlug.

Das traurige Schicksal der armen Familie, von welcher man soeben kannte, sowie das soziale Elend der unteren Volksklassen im allgemeinen, gab den Herren hinlänglichen Stoff zum Gespräch.

Man dachte nicht mehr daran, sich zu trennen und als die drei Herren wieder den Jungfernstieg erreichten, waren sie bereits ganz bekannt geworden.

„Ach“, sagte Leonhard gemächlich lächelnd, indem er unter der Baumreihe, die sich längs des Alsterbassin hinzieht, stehen blieb, „in aller Sorge für andre haben wir ganz und selbst vergessen: ich habe Ihnen noch nicht einmal gesagt, wer wir sind: erlauben Sie, daß ich die Ehre habe, mich Ihnen vorzustellen!“ Sich leicht verbeugend, fügte er hinzu: „Breviater Mann aus Wien“, dann auf Robert zeigend, fuhr er fort: „Herr Eugen von Kerstenbruch aus Berlin!“

Unter diesen Namen waren die beiden Gauner in dem Hamburger Hotel aufgetreten.

Der junge Fremde konnte nun auch keinen Namen nicht länger verschweigen, ohne gegen

den Anstand zu verstoßen; deshalb sagte er einfach und ohne jeden Stolz:

„Ich bin der Baron Chlodwig von Souden-Gredbenig.“

Leonhard und Robert verneigten sich abermals, der erstere, um seine Freude, der zweite, um seine Verlegenheit zu verbergen.

Der vornehme Name übte auf beide eine große, wenn auch ganz verschiedene Wirkung aus.

„Ich habe“, sagte Leonhard mit der Geschmeidigkeit eines Weltmannes, „in dem Herrn Baron einen ebenso vortrefflichen, wie lebenswürdigen Mann kennen gelernt, daß ich wirklich bedauern muß, hier das Ziel untrer gemeinschaftlichen, dem Wohlthun geweihten Ausfluges erreicht zu haben!“

„Die Herren halten sich in Geschäften hier auf?“ fragte der Baron.

„Durchaus nicht“, beehrte sich Leonhard zu antworten, indem er mit dem Baron den Weg wieder fortsetzte und Robert, der in der schweren Kluft der Bestellung seinem Gefährten nicht gleichsam, ihnen folgte, „wir sind auf einer Bergungsvorlage begriffen und durchaus Herren untrer Zeit!“

„Nun“, warf der Baron mit der ihm eigenen lebenswürdigen Offenheit ein, „was hindert uns dann, noch einige Zeit zusammen zu bleiben, wenn es Ihnen andererseits nicht unangenehm sein sollte?“

„Wie können Sie solchen Fall nur annehmen, Herr Baron? Es wird uns gewiß ein besonderer Vorzug sein, mit Ihnen noch ein Stündchen zu verplaudern! Nicht wahr, Herr von Kerstenbruch“, wandte er sich nach Robert

um, „Sie gestatten mir, daß ich für Sie mit annehme?“

„Ich habe Ihnen“, antwortete der Gefragte, indem er jetzt neben die beiden andern trat, „in dem Entwurf untrer Bergungsvorlage vollständig überlassen, verfügen Sie also ganz über mich und meine Zeit!“

„Wenn ich“, fuhr Leonhard fort, „mir also einen Vorschlag erlauben darf, so treten wir zunächst hier in den Alsterdäwillon, um eine Tasse Kaffee zu nehmen.“

„Gutverstanden!“ nickte der Baron.

Robert gab selbstverständlich auch seine Zustimmung.

Die drei Herren gingen in den auf Pfählen erbauten Glaspavillon, dessen Galerien sich weit über den glitzernden Wasserpiegel der Binnenalster hinaus erstreckten.

Als man einen hinsichtlich seiner Lage bevorzugten Platz eingenommen und der Kellner Kaffee gebracht hatte, bog sich Leonhard ganz entzückt über das Geländer, als ob er in dem Ansehen des herrlichen Panorammas, das in der Ferne durch die hügeligen Hügel der Lombardsbrücke begrenzt wurde, seine Begleiter für den Augenblick ganz vergahe. Blühlich schlug er sich vor die Stirn und wandte sich schnell nach den beiden Herren um:

„Beziehung, Herr Baron, daß ich schon wieder in meine Schwärmerei für Himmel und Wasser verfallen war, und Ihre lebenswürdige Gegenwart vergessen konnte! Aber Sie werden mir zustimmen, Herr Baron, daß das in der Abendstunde wie silbernes Silber leuchtende Alsterbassin geradezu bewundernswürdig ist!“